

Wissenschaft und Politik

Es bewegt sich etwas!

Politische Aktionsbündnisse wie Fridays for Future setzen sich für Ziele ein, die weitgehend auf einem Konsens innerhalb der Wissenschaft beruhen. Werden die Positionen damit nun in der Politik Gehör finden? Welche Rolle spielen dabei auch traditionelle Verbände und Gewerkschaften?

Von Ulrich Petschow und Pauline Rioussel

Klimapolitik hat in Deutschland zumindest rhetorisch schon seit Langem einen hohen Stellenwert. Gleichwohl ist festzuhalten, dass die festgelegten und in nationalen und internationalen Verträgen verpflichtenden Reduktionsziele vor einem massiven Umsetzungsdefizit stehen. Der Eindruck ist entstanden, dass Verträge zwar unterschrieben werden, dass aber die sich daraus ergebenden Verpflichtungen nicht wahrgenommen werden und selbst potenzielle Strafzahlungen nicht zu politischen Handlungen führen. Der Kaiserin neue Kleider sind spätestens dann sichtbar geworden, als die *Neuen Neuen Sozialen Bewegungen* (NNSB) Dynamik entfaltet haben und die Politik sich in einer sprach- und strategielosen Position wiederfand. Die NNSB, wie sie *Fridays for Future* (FFF) und *Extinction Rebellion* darstellen, werden von einer Generation getragen, die sich nicht nur für postmaterielle Werte einsetzt, sondern sich um die materiellen Auswirkungen einer unterlassenen Umwelt- und Klimapolitik sorgt, der sie spätestens mittelfristig ausgesetzt sein wird.

Neue Neue Soziale Bewegungen

Das Aufkommen dieser Bewegungen, die ja gegenwärtig im Wesentlichen Positionen vertreten, die von weiten Teilen der Wissenschaft getragen werden, verweist auf ein offenes und erhebliches Problem politischer Steuerungen in Demokratien. Die Vorstellung „vom Wissen zum Handeln“ in der Politik erfordert

anscheinend gegenwärtig Katalysatoren, die breit verfügbares wissenschaftliches Wissen so adressieren, dass nicht allein Nachhaltigkeitsstrategien als Kosmetik entwickelt werden. Vielmehr wird ein massiver Handlungsdruck erzeugt, der zu Umsetzungs- und Handlungsstrategien führen soll. Das beschlossene Klimapaket des Klimakabinetts beinhaltet, wohl auch aufgrund der zivilgesellschaftlichen Dynamik, einige weiter reichende Elemente, hinterlässt trotzdem wieder den Eindruck des Spielens auf Zeit. Der katalytische Moment von FFF ist (weiterhin) erforderlich, um einerseits die Politik und andererseits aber auch viele andere gesellschaftliche Akteure (wieder) „for the future“ in Bewegung zu versetzen.

Für Umwelt-, Sozial- und Wohlfahrtsverbände ist das Aufkommen von NNSB eine Bestätigung der Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit ihrer bereits eingeschlagenen Neuorientierung beziehungsweise ihres stärkeren Engagements für eine nachhaltigere Zukunft. Die NNSB verleihen ihren sozial-ökologischen Aktivitäten Legitimität und neuen Schwung. Parallel dazu wächst auch die Erkenntnis, dass der Rückzug auf sogenannte „Kerngeschäfte“ der Verbände und auch der Gewerkschaften mit einem dramatischen Verlust an gesellschaftspolitischer Relevanz und Gestaltungsabsicht jenseits der engen Mitgliedslogiken verbunden ist. Es ist unabdingbar geworden, dass einerseits der enge Fokus auf das Kerngeschäft aufgehoben und andererseits inklusive Austauschplattformen zwischen den unterschiedlichen Verbänden entwi-

ckelt werden, um für die Mitentwicklung integrierter Politik notwendige Handlungsfähigkeiten auszubauen.

Anpassung politischer Strukturen

Allerdings stellt sich die Frage, inwieweit die Anpassung institutioneller politischer Strukturen (z. B. Klimakabinett, Kohlekommission) tatsächlich ausreichend sind, um den Anforderungen der NNSB an eine konsequente Umsetzung der festgelegten Nachhaltigkeits- und Klimaziele gerecht zu werden. Mithin bedürfen Institutionen einer weitgehend tief greifenden Reform, um Themen, die wie Elefanten im Raum stehen, aber nicht bearbeitet werden, vertieft und konsequent über angemessene Maßnahmen anzugehen. Dies gilt umso mehr, als die Ressourcen von Bewegungen mit der Zeit ausgehen und eine zentrale Aufgabe in Demokratien darin besteht, relevante zivilgesellschaftliche Impulse zeitig aufzugreifen. Um tatsächlich integrierte und wirksame Nachhaltigkeitspolitiken zu entwickeln, könnten neue Formen der gesellschaftlichen deliberativen Austauschprozesse befördert werden, im Rahmen derer umweltpolitische Bewegungen und sozialpolitische Akteure eine zentrale Rolle bei der Vertretung aller Teile der Gesellschaft spielen. Insofern erfordert die Große Transformation neben der Veränderung des stofflichen Metabolismus vor allem auch weitreichende institutionelle Reformen, wie sie beispielsweise vom *Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen* (WGBU) und vom *Sachverständigenrat für Umweltfragen* (SRU) gefordert werden.

AUTOREN + KONTAKT

Ulrich Petschow ist Projektleiter und wissenschaftlicher Mitarbeiter, **Dr. Pauline Rioussel** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW).

Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), Potsdamer Straße 105, 10785 Berlin. Tel.: +49 30 884594. E-Mail: ulrich.petschow@ioew.de, pauline.rioussel@ioew.de, Website: www.ioew.de